

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 16, 8. August 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax 030 611 62 49
URL: 10050000/Kto-Nr. 0670017787

Einblicke

Wort gehalten

Von Heiner Lichtenstein

Als die Bundesrepublik vor fast vier Jahren endlich eine neue Regierung bekam, wusste sie anfangs kaum, mit welchen Reformen sie beginnen sollte. Der Stau, den Helmut Kohl und die Seinen hinterlassen hatten, war einfach zu groß – innen- wie außenpolitisch. Einiges machte Gerhard Schröder schnell zur Chefsache. Das waren besonders drängende ungelöste Probleme. Zu ihnen gehörte die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter. Als Anfang der Fünfzigerjahre in London die internationale Konferenz über deutsche Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen begann, hatte Adenauer aus gutem Grund den gewieften, in Nürnberg verurteilten Bankier Josef Hermann Abs zum Bonner Delegationschef ernannt. Der lehnte zunächst einmal alle Ansprüche der Opfer ab und wollte Israel mit einem Krankenhaus abspeisen. Seit jener Zeit warteten weltweit um die zehn Millionen ehemaliger Zwangsarbeiter auf Entschädigung – bis 1998.

Eine der ersten Amtshandlungen Gerhard Schröders war es, diese Ungerechtigkeit endlich zu beenden. Otto Graf Lambsdorff führte die Verhandlungen erfolgreich. Vor einem Jahr konnte die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ damit beginnen, erste Raten an die etwa 2,2 Millionen Opfer zu überweisen, die noch lebten.

Mehr als 850 000 Frauen und Männer haben inzwischen etwas bekommen – sogar auf den Bahamas und in Sambia. Die meisten Auszahlungen gingen nach Polen. Anfang der Neunzigerjahre waren bei der „Versöhnungstiftung“ Millionenbeträge in Russland einfach versickert. Bonn hatte nicht kontrolliert. Diesmal ist das anders. Jeder Euro scheint in der Landeswährung bei den Berechtigten angekommen zu sein. Das haben die Opfer nicht vergessen. Sie wissen genau, welche Regierung gemauert und welche wie gehandelt hat. Auch unsere Bevölkerung hat die Entschädigung zustimmend aufgenommen. Die Bundesregierung hat Wort gehalten. Hier auf kann sie stolz sein.

Keine Steuerung

Die NPD ist aus eigenem Antrieb eine verfassungsfeindliche und antisemitische Partei – auch ohne VS-Spitzel.

Seite 3 ■

Politisches Vakuum

Mit dem Tod von William Pierce hat die US-amerikanische extreme Rechte ihren intellektuellen Kopf verloren.

Seite 4 ■

Hass auf alle Fremden

In russischen Städten ist eine äußerst gewalttätige Neonaziszene entstanden.

Seite 6 ■

Vom Verbot bedroht

Militante Neonaziorganisation in Frankreich steht vor dem Aus, personelle Überschneidungen gibt es zur Mégret-Partei.

Seite 7 ■

„Bittere Erkenntnis“

Der Evangelische Pressedienst (epd) hat sich mit seiner eigenen Vergangenheit offen und kritisch auseinandergesetzt.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone**„Laienspieltruppe“**

Wolfgang Barth-Völkel von der Schill-Partei prescht mit populistischen Forderungen vor. Die Grünen lassen den Verdacht der Volksverhetzung prüfen.

Im Hamburger Sommerloch gedeihen seltsame Blüten. Der gesundheitspolitische Sprecher der Schill-Partei Wolfgang Barth-Völkel forderte „Internierungslager“ für HIV-infizierte Zuwanderer. Der 47-jährige Bürgerschaftsabgeordnete nutzte die Abwesenheit von Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und den meisten anderen Senatoren, um an einem Tabu zu kratzen. Die populistische Forderung des Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses in der Bürgerschaft: Ausländer mit ansteckenden Krankheiten wie Aids, Hepatitis oder Tuberkulose sollen „interniert oder am besten gleich abgeschoben werden“. Seine Partei wolle die einheimische Bevölkerung vor Ansteckung schützen – mit einem HIV-Zwangstest für Zuwanderer aus Aids-Gebieten wie Schwarzafrika, Russland und der Ukraine. „Für Österreicher gilt das natürlich nicht“, stellte der ehemalige Türsteher, Bauunternehmer, Wirt, Partyveranstalter und Diskjockey klar.

Die Gedankenspiele des heutigen Flohmarktveranstalters gingen am Ende sogar den eigenen Parteimitstreitern zu weit. Der Abgeordnete Frank-Michael Bauer, dessen jüdische Großeltern in einem Konzentrationslager ermordet worden waren, forderte Barth-Völkels Rücktritt und kündigte eine Anzeige wegen Volksverhetzung an. Begründung: Er fühle sich „in Teilen an schlimmstes Nazi-Vokabular“ erinnert, das bei allem Populismus zu weit gehe. Andere Schillianer hatten die Untätigkeit der abgetauchten Führungsriege moniert.

Parteichef Ronald Schill unterbrach schließlich seinen Urlaub und setzte der öffentlich inszenierten Selbstzerfleischung seiner politischen „Laienspieltruppe“, so ein NDR-Reporter, ein Ende. Schill kritisierte die skandalösen Formulierungen seines Parteifreundes als sprachliches „Missverständnis“, „nicht hinnehmbar“ und teilweise „diskreditierend“. Persönliche Konsequenzen gegen seinen Bundesgeschäftsführer Barth-Völkel schloss Schill dagegen aus, zumal an dessen Vorschlag von Gesundheitschecks für Zuwanderer „inhaltlich nichts auszusetzen“ sei. Schill weiter: „Skandalös ist viel-

mehr, wenn Politiker der etablierten Parteien zu dem Problem keine Stellung beziehen.“

Aus diesem Grund werden Barth-Völkels Sorgen um die Volksgesundheit der Deutschen sich im kurz vor der Drucklegung stehenden Wahlprogramm der Schill-Partei für die Bundestagswahl widerspiegeln, nachdem er sich für das „negativ behaftete Wort“ Internierung in aller Form entschuldigt und seinem Kritiker Bauer demonstrativ die Hände geschüttelt hatte. „Die Zahlen sind alarmierend. 20 Prozent der Aids-Infizierten sind Zuwanderer. Die kann man nicht auf die Menschheit loslassen“, hatte Wolfgang Barth-Völkel, der auf Platz zwei der Hamburger Landesliste zur Bundestagswahl kandidiert, die Notwendigkeit der geplanten Zwangsmaßnahmen vollmundig begründet – bis er schließlich von Ronald Schill zurückgepfiffen wurde und Kreide schluckte.

■ HIV-Zwangstest für Zuwanderer ■

Die Geschäftsführerin des SPD-Bürgerschaftsfraktion Andrea Hilgers ärgerte sich über das „haltlose Geschwätz“ des Schill-Abgeordneten: „Die Aussagen zeigen deutlich, dass die Schill-Partei nicht nur rechtspopulistisch daherredet, sondern auch mit rechtsradikalem Gedankengut spielt.“ Beim Parteivorsitzenden und Bundestagsspitzenkandidaten Schill seien es die Ausländer, die „unseren Wohlstand verfrühstücken“, hier sei es der „deutsche Mann“, der vor ausländischen „Seuchenträgerinnen“ geschützt werden müsse. Hilgers spielt in ihrer Stellungnahme auf einen geschmacklosen Vergleich Barth-Völkels an. Der hatte Zwangstests für deutsche Sextouristen mit der Begründung abgelehnt, Deutsche seien mündig genug, Kondome zu benutzen. Als Gefahrenquelle machte der Gesundheitsexperte dagegen „jedes ukrainische Aupair-Mädchen“ aus, das die „Seuche einschleppen“ könne. Junge Deutsche, die sich in der Disco eine Ukrainerin anlachten und dann infizierten, müssten geschützt werden. Warum die Koalition aus CDU, Schill und FDP bei diesem Bedrohungspotenzial die Mittel der Aids-Hilfe in der Hansestadt um 50 000 Euro gekürzt haben, konnte Barth-Völkel in diesem Zusammenhang nicht erklären. Die Phantasien des Gesundheitsexperten der Schill-Partei gehen auch den Hamburger Grünen zu weit. Die GAL-Abgeordnete Antje Möller will nun in einer kleinen Anfrage an den Senat wissen, „ob ein Strafverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet wurde“.

Volker Stahl

Hintergrund

Aus eigenem Antrieb

Die NPD ist auch ohne VS-Spitzel eine verfassungsfeindliche und antisemitische Partei.

Vorwürfen, erst die V-Leute hätten die NPD zu dem gemacht, was sie heute ist, trat das Bundesinnenministerium entgegen, als Ende Juli die gemeinsame Erklärung von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat den Verfassungsrichtern vorgelegt wurde. Die NPD sei für ihr „Gesamtbild allein verantwortlich“, betonte das Schily-Ministerium. Zwei Studien – vorgelegt nicht von Behörden, die berufsmäßig mit Rechtsextremismus beschäftigt sind, sondern von Bundestagsfraktionen – bestätigen das Bild, dass es keiner Spitzel bedurft hat, um die NPD zu einer verfassungsfeindlichen und antisemitischen Partei zu machen. Sie ist es ganz aus eigenem Antrieb. „Eine Vielzahl von antisemitischen Sinngehalten“ entdeckte das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung in über 50 ausgewerteten Ausgaben von NPD-Zeitschriften. „Diese Publikationen wurden von den Landesverbänden der NPD verantwortet und sind von daher eindeutig und unabhängig von einzelnen Autoren der NPD zuzurechnen“, heißt es in der Studie, die im Auftrag der Grünen erstellt wurde. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) untersuchte für die PDS das Wirken der „prominentesten“ V-Leute in der NPD, Udo Holtmann und Wolfgang Frenz. Das Fazit: Beide hätten „nicht als agents provocateurs“ gewirkt. Sie seien vielmehr Leute, „die man zu nichts anstiften kann, weil sie ohnehin zu allem bereit sind“.

So offenkundig antisemitische Äußerungen wie die des Ex-FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse („Wenn Deutschland erst judenfrei ist, dann brauchen wir kein Auschwitz mehr“) fänden sich in den NPD-Publikationen nicht, meinen die Berliner Forscherinnen. Antisemitismus werde vielmehr zumeist indirekt präsentiert. Der Wirkung tut das keinen Abbruch: „Die Redakteure können auf ein Lesepublikum rechnen, das antisemitisch eingestellt ist und auch kleinste Andeutungen und Anspielungen versteht.“ Die NPD versuche, die Bundesrepublik auf eine Ebene mit der NS-Diktatur zu stellen: Regierung und Opposition verhielten sich demzufolge wie „Marionetten einer jüdisch-amerikanischen Protektoratsregierung“. Auf der anderen Seite wer-

de der Einsatz gegen den Rechtsextremismus „sprachlich mit der Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten analogisiert“. Klar ist, dass in diesem Umfeld auch Veröffentlichungen jener, die scheinwissenschaftlich den Holocaust leugnen, gefeiert werden. Die untersuchten Texte, so das Fazit der Berliner Antisemitismusforscherinnen, stünden „im Kontext allgemeiner Vorurteile gegen Juden und zum anderen im Zusammenhang mit einem rassistischen Antisemitismus, wie er vom NS-Regime propagiert und praktiziert worden ist“.

■ Keine „agents provocateurs“ ■

Die V-Mann-Affäre könne nicht als Argument gegen das „lange überfällige“ Verbot der NPD dienen, betonen die DISS-Forscher: Die Aktivitäten von Holtmann und Frenz „deckten sich nahtlos mit dem sonstigen Kurs der Partei, und sie genossen gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei“. Frenz beispielsweise habe „stramm antisemitische“ Artikel verfasst. Das DISS stellt fest, dass man freilich nicht V-Mann sein musste, um das zu tun: „In Sachen Holocaust-Leugnung stand der Parteichef Deckert an vorderster Front.“ „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ schließen es die DISS-Autoren aus, dass Holtmann und Frenz, von deren V-Mann-Tätigkeit die Parteiführung gewusst habe, durch die Behörden zu ihren Aktivitäten angestiftet worden seien. Das Problem liege nicht darin, „dass zu vermuten wäre, sie hätten ‘im Auftrag’ rechtsextremistische Propaganda produziert. Das Problem liegt darin, was die Verfassungsschutzämter ihren V-Leuten durchgehen ließen. Frenz und Holtmann konnten über viele Jahre harte rassistische und antisemitische Propaganda betreiben“. Auf der anderen Seite müsse der Wert ihrer Spitzeltätigkeit gering veranschlagt werden: „Es kann unterstellt werden, dass sie nur weiterleiteten, was mit dem Interesse der Partei vereinbar und über ihre öffentlichen Aktivitäten auch in anderer Weise ans Licht kam.“

Die DISS-Autoren ziehen daraus den Schluss, die V-Leute-Praxis müsse grundsätzlich überprüft werden. Der Gedanke, auf V-Leute gänzlich zu verzichten, dürfe dabei nicht unter ein offenes oder auch unausgesprochenes Denkverbot fallen. „Schaute man näher hin, konnte man sich schon fragen, wer da wen führte oder auch an der Nase herumführte“, bilanzieren sie ihre Untersuchung über die beiden NPD-Funktionäre. *Tomas Sager*

Ausland**Politisches Testament**

Das Ableben des Anführers der National Alliance führt zu einem Vakuum in der US-amerikanischen extremen Rechten.

Der intellektuelle Kopf des amerikanischen Rechts-extremismus mit Ausstrahlungskraft auch nach Europa ist tot. Im Hauptquartier der von ihm geführten National Alliance (NA) in Hillsboro, West Virginia erlag William Luther Pierce am 23. Juli im Alter von 68 Jahren den Folgen eines Krebsleidens. Dem am 11. September 1933 in Atlanta geborenen Pierce war Anfang Juli unheilbarer Krebs diagnostiziert worden – seine Mitarbeiter hatte er zu strenger Geheimhaltung verpflichtet. Billy Roper, ein wichtiger Organisator und Mitgliederkoordinator der NA, verpflichtete sich in einer Erklärung, dafür zu sorgen, dass Pierce's Name zukünftig den „weißen Schülern“ gleich neben denen George Washington's und Adolf Hitlers „als einer der großen Männer unserer Rasse“ gelehrt werde.

Nachdem Pierce im Fach Physik promoviert hatte, übernahm er 1962 eine Assistenzprofessur an der Oregon State University. 1966 gab Pierce seine akademische Karriere auf, um sich der von George Lincoln Rockwell geführten American Nazi Party zu verschreiben. 1974 gründete er die aus der National Youth Alliance hervorgegangene National Alliance (NA). Die in Washington, DC, ansässige NA tat sich von Beginn an mit kompromissloser Neonazi-Rhetorik und unverblütem Rassismus, unter anderem in ihrem Magazin „Attack!“, hervor.

■ **„Der Mann, der den nächsten Hitler inspirieren wird“** ■

Seinen Stempel drückte Pierce dem amerikanischen Rechtsextremismus 1978 mit der Veröffentlichung seines unter dem Pseudonym Andrew Macdonald erschienenen Romans „The Turner Diaries“ auf. Diese mittlerweile mehrere hunderttausendmal verkaufte „Blaupause für die arische Revolution“ wurde unter anderem 1983 von der im Roman benannten rechtsterroristischen The Order als Vorbild genommen, die unter der Führung des NA-Mitglieds Robert Matthews bei einer Reihe von Überfällen über 4 Millionen Dollar erbeutete, um besagte arische Revolution vorzubereiten. Auch Ti-

mothy McVeigh, der im April 1995 in Oklahoma City ein Regierungsgebäude in die Luft sprengte und dabei 168 Menschen tötete, war ein Anhänger der „Turner Diaries“. Der Bombenanschlag weist mit deren Handlung eine Reihe von Übereinstimmungen auf.

1985 erwarb William Pierce im ländlich-abgelegenen Hillsboro, West Virginia, ein 400-Hektar Anwesen, auf das die Zentrale der NA umzog. Im Jahre 1989 publizierte er seinen zweiten Roman, „Hunter“, in dem er einen Einzeltäter beschreibt, der systematisch ethnisch gemischte Paare, Juden und liberale Politiker ermordet und so das politische System destabilisiert. Mittlerweile hatte sich der NA-Verlag „National Vanguard Books“ mit einem breiten Angebot etabliert und im Dezember 1991 kam das wöchentliche Radioprogramm „American Dissident Voices“ hinzu. Durch die weltweit verbreiteten „Turner Diaries“ zu einer Art rechtsextremer Superstar geworden, machte sich Pierce ab 1994 zu regelmäßigen Reisen zu Gleichgesinnten nach Europa auf, mit denen er eine fruchtbare Kooperation aufbauen wollte. So sprach er 1996 auf einer Konferenz der British National Party (BNP) und war Ehrengast beim „1. Tag des nationalen Widerstandes“ der NPD am 7. Februar 1998 in Passau. Für die NPD-Festschrift „Alles Große steht im Sturm“ schrieb Pierce ein Grußwort, in dem er sich enthusiastisch über dieses Ereignis äußerte als „eine der herausragendsten Erfahrungen, die ich je irgendwo bei einem nationalistischen Treffen machen durfte. (...) Die Teilnahme an diesem großartigen Ereignis war für mich ein geistiger Auftrieb, von dem auch ich noch lange zehren werde“.

Die Stellung von William Pierce in der amerikanischen extremen Rechten wurde von Will Williams, Regionaldirektor der National Alliance für North Carolina, in einem Interview 1997 folgendermaßen zusammengefasst: „Den Besten, den wir zur Zeit haben. Seine Stärke ist, was ich 'Die Stimme' nenne. Es interessiert ihn nicht ein weiterer Hitler zu sein, aber er wird womöglich den Mann inspirieren, der es werden wird“.

Trotz seiner dezidierten Abneigung gegen Skinheads und alle nicht-intellektuellen Elemente der extremen Rechten erwarb Pierce 1999 den White Power-Musikverlag „Resistance Records“, der die Ausstrahlung der NA gegenüber einem jüngeren Publikum erheblich verbesserte. Mit dem Vertrieb rassistischer Videospiele wie „Ethnische Säuberung“ durch Resistance Records wird gleich-

zeitig der Markt rechtsextremer Jugendlicher abgeschöpft, als auch in diesem Umfeld rekrutiert.

Gegenwärtig unterhält die NA circa 40 lokale Gruppen in den USA und hat eine unbestimmte Zahl von Anhängern in Europa, Südafrika und Australien. Die „Turner Diaries“ sind in mehreren Sprachen, auch auf Deutsch, erhältlich. Die englische Version wird durch den Verlag Barricade Books des jüdischen Verlegers Lyle Stuart trotz vehementer Proteste weiter über den Buchhandel vertrieben. Die zu einer Unternehmenskrake mutierte NA (mit Musik-, Buch- und Devotionalienhandel) wirft über eine Million Dollar pro Jahr ab.

Die Zukunft der voll und ganz mit der Person William Pierce verwobenen National Alliance ist nach seinem plötzlichen Ableben unklar. Verschiedene Szenarien sind denkbar. Am wahrscheinlichsten ist die Einberufung einer Art Ältestenrat unter Einbeziehung wichtiger Geldgeber, der dann die Nachfolge nach den Vorgaben von Pierce's politischem Vermächtnis regeln würde. Für diesen Fall kämen drei Personen in Frage. Für den oben genannten Billy Roper spricht sein Organisationstalent und seine praktische Erfahrung mit der Arbeit im NA-Hauptquartier, in dem er auch wohnt. Der eindeutige Favorit ist Erich Gliebe, der von Pierce als Manager des NA-Goldesels Resistance Records eingesetzt wurde und der sich einen Namen als NA-Organisator in Ohio gemacht hat. Sein Manko ist seine fehlende Erfahrung im Hauptquartier. Die kann allerdings ein dritter Kandidat vorweisen: der bereits vor Jahren als Kronprinz gehandelte Kevin Alfred Strom. Strom, der eigentliche Vater der „American Dissident Voices“, kehrte 2001 nach einigen Jahren Unterbrechung auf das NA-Anwesen in West Virginia zurück und kann auf die längste Erfahrung mit den NA-Geschäften zurückblicken. Es soll ab sofort wieder für das wöchentliche Radioprogramm zuständig sein.

Ein weiteres Szenario ist der Zerfall der National Alliance in mehrere Fraktionen. Falls sich kein neuer, charismatischer, von der überwiegenden Mehrheit der NA-Unterführer anerkannter Pierce-Nachfolger findet, steht die Teilung der NA in mindestens zwei Flügel an: Resistance Records plus „junge Garde“ (Gliebe) und National Alliance und National Vanguard Books plus „Traditionisten“ (Roper, Strom). Roper versucht bereits vorzubauen und betont in einem Statement: „Lasst mich allen Mitgliedern und Freunden und Unterstützern versichern und eine Warnung an alle un-

sere Feinde, inklusive der schmierigen kleinen krummnasigen Juden, die jetzt einen Grund zum Feiern sehen, dass die National Alliance weiter auf dem Weg, den Dr. Pierce für uns vorgezeichnet hat, als lebender Tribut für ihn weiterlaufen wird“.

Am 24. August findet eine von der NA beziehungsweise von Roper organisierte Kundgebung statt unter dem Motto „Rock Against Israel“. Roper war vor allem nach den Anschlägen vom 11. September die Rolle des Chefpropagandisten zugewachsen, die dieser für vehemente Attacken auf Israel, Juden im Allgemeinen und wenig glaubhafte Solidaritätsbekundungen mit dem „unterdrückten Volk“ von Palästina nutzte. Während William Pierce die NA immer explizit als elitären Kreis zur Vorbereitung der „arischen Revolution“ gesehen hatte, in den nur handverlesene, ideologisch gefestigte Parteisoldaten aufgenommen werden sollten, wendet sich Roper praktisch an jeden, den er kriegen kann.

■ Vorreiter der „arischen Revolution“ ■

Weniger populistisch gibt sich der Favorit für die NA-Führung, Erich Gliebe. Der Mittdreißiger, Sohn eines deutschen Wehrmachtssoldaten und ehemaliger Profiboxer, baute in Cleveland, Ohio, die größte NA-Sektion in den USA auf und organisierte unter anderem das jährliche „Euro-American Cultural Fest“ mit über 500 zahlenden Besuchern. 1999 übertrug Pierce Gliebe die Leitung des rechtsextremen Musikimperiums Resistance Records sowie des „Resistance Magazine“.

Für den 11. September, der nicht nur der Jahrestag der Anschläge von New York und Washington, sondern auch Pierce's Geburtstag ist, sind USA-weite Aktionen zu Ehren des NA-Gründers geplant. Im Lichte der zersplitterten Aryan Nations mit einem dem Tode nahen Richard Butler und einem David Duke, der den USA den Rücken gekehrt zu haben scheint, stellt sich auch die Frage, wer das Vakuum, das Pierce für die gesamte amerikanische extreme Rechte hinterlässt, füllen kann. Der einzige Name, der sich aufdrängt ist Matt Hale, Pontifex Maximus der World Church of the Creator (WCOTC). Ob der 30-Jährige die Rolle eines intellektuellen Führers und „Elder Statesman“ übernehmen kann, ist jedoch zweifelhaft und auch seine Organisation geht durch eine turbulente Phase.

Thomas Grumke

Ausland**Fremde in Gefahr**

In russischen Städten hat sich eine gewalttätige Neonaziszene etabliert. Die Ordnungshüter sympathisieren vielfach mit den Schlägern.

Ende Juli begann in Moskau der Prozess gegen mehrere Personen, die am 9. Juni an massiven Ausschreitungen beteiligt waren. Kaum war die von der russischen Fußballmannschaft mit 1:0 verlorene Weltmeisterschaftsbegegnung mit Japan beendet, die auf dem Manegeplatz per Videoleinwand live übertragen wurde, begann ein beispielloses Wüten im Zentrum der Hauptstadt. Über 100 Menschen wurden verletzt, ein Jugendlicher starb bei den Krawallen. Auch fünf Japaner, die zum internationalen Tschaikowskij-Wettbewerb nach Moskau gekommen waren, wurden von der Menge verprügelt. Russische Tageszeitungen berichteten von zahlreichen abgeackelten Autos und zerschlagenen Schaufenstern. Über 100 Personen wurden festgenommen. Besonders im Visier der Angriffe standen ausländische Personen und Firmen. Während die staatlichen Erklärungen die Ereignisse als Fußballrandale klassifizierten, wiesen unabhängige russische Medien auf den steuernden Einfluss bekannter Moskauer Neonazis bei den Ausschreitungen hin. Schließlich hat sich in Russland in den letzten Jahren eine Neonaziszene etabliert, die vor brutaler Gewalt, ja vor Mord nicht zurückschreckt.

Nazi-Skins sind in Russland „zum Modetrend geworden, der aus den großen Städten in die Provinz überschwappt und immer mehr 13- bis 18-Jährige mitzieht“, meint der russische Jugendforscher Alexander Tarassow. Stimuliert werden die jungen Rechten durch „das Gefühl, im weltweiten Trend zu liegen“ und die Erfahrung, „weder auf Widerstand zu stoßen noch bestraft zu werden“. Tarassow schätzt die Zahl der gewaltbereiten Neonazis allein in Moskau auf circa 3800. Das russische Innenministerium gibt die Zahl der jungen Rechtsextremisten gar mit über 10 000 an, mit steigender Tendenz. Nach offiziellen Angaben wurden allein in diesem Jahr neun Menschen von Neonazis in Moskau getötet und über hundert verletzt. Die Dunkelziffer liegt noch höher.

Im Visier der Rechten sind Landsleute aus dem Kaukasus, Ausländer aus Afrika, Asien oder La-

teinamerika und Juden. Neben dem Rassismus ist der Antisemitismus ein fester Bestandteil der rechten Ideologie. Dabei tat sich die von Alexander Baraschow gegründete Bewegung RNE (Russische Nationale Einheit) besonders hervor. Die Aufrufe sind eindeutig. So erschienen Ende 1998 in der Stadt Krasnodar Flugblätter, auf denen die Bevölkerung zu Pogromen aufgerufen wurde: „Die Zeit ist gekommen, dass sich unser heiliges Kuban-Gebiet endlich von den verfluchten Juden befreit ... Plündert die Wohnungen der Juden, steckt ihre Häuser an“, heißt es in anonymen Schriften.

Im vergangenen Jahr feierten die russischen Neonazis den Geburtstag ihres Idols Hitler auf ihre Art. Am 20. April 2001 überfielen sie einen Markt im Stadtteil Jassenowo im Südwesten Moskaus und schlugen mehrere Händler aus südlichen Ex-Sowjetrepubliken so brutal zusammen, dass zwei Armenier später im Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen. In diesem Jahr warnte der deutsche Botschafter Ernst Jörg von Studnitz im Vorfeld des 20. April in einem Rundschreiben die in Moskau ansässigen deutschen Staatsbürger vor der rechten Gefahr. Er riet ihnen, Märkte an diesem Tag möglichst zu meiden. Doch die Rechten schlagen auch ohne historische Gedenktage zu. Drei Tote und mehrere Dutzend Verletzte forderte ein Überfall von 300 Skinheads im Oktober 2001 auf einen Markt im Moskauer Stadtrandbezirk Zarizyno.

Viele Studierende aus Asien und Afrika haben Russland vorzeitig verlassen, nachdem sie von Neonazis angegriffen worden sind. Von der russischen Polizei bekämen sie keinen Schutz, lautet ihre Klage. Das bestätigten auch Vertreter russischer Universitäten auf einer Konferenz Ende April in Moskau. Sie kündigten an, ausländische Studenten von privaten Sicherheitsdiensten schützen zu lassen, wenn die Polizei weiterhin so inaktiv bleibe. Die Klagen über die mehr als indifferente Haltung der Polizei häufen sich. Ob bei dem Überfall auf den Markt in Jassenowo oder die Randalen nach dem Fußballspiel, immer wird den Ordnungshütern vorgeworfen, wegzusehen oder gar mit den rechten Schlägern zu sympathisieren. Das wird auch von den Rechten bestätigt. Alexander Iwanow, Anführer der mit der Skinhead-Szene verzahnten rechtsextremen Nationalen Volkspartei brüstet sich damit, dass viele Polizisten bis zu höheren Militärs mit seiner Bewegung sympathisierten. Zweimal die Woche würden Offiziere der Sonderpolizei Omon kostenlos NVP-Mitglieder im Nahkampf trainieren, behauptet der Neonazi-Boss. *Peter Nowak*

Ausland

Ein schnelles Aus

Militanter Neonaziorganisation droht nach dem Attentatsversuch auf Staatspräsident Chirac das Verbot. Führungskader gehören der Mégret-Partei an.

Der Verbotserlass gegen die neonazistische Sammlungsbewegung *Unité radicale* (UR, Einheit der Radikalen) steht unmittelbar bevor. Mit einer Einstweiligen Verfügung eines Pariser Gerichts soll auch die Internet-Website www.unite-radicale.com unterbunden werden. Ein solches gerichtliches Verbot hatten die Union der jüdischen Studenten Frankreichs (UEJF) sowie die antirassistische Vereinigung *J'accuse* ('Ich klage an') beantragt.

Das Spektrum des französischen Rechtsextremismus, das außerhalb beziehungsweise parallel zu den Parteien *Front National* (FN) und *Mouvement national républicain* (MNR) aktiv und explizit gewaltbereit ist, war durch den Attentatsversuch vom 14. Juli ins Visier der Behörden geraten. Am französischen Nationalfeiertag hatte der 25-jährige UR-Aktivist *Maxime Brunerie* einen Anschlag auf Staatspräsident *Jacques Chirac* versucht (BNR 15/02). Auch die Partei von *Bruno Mégret* wurde durch den Attentatsversuch in Mitleidenschaft gezogen. Denn *Brunerie* war bis zuletzt aktives MNR-Mitglied gewesen.

Der MNR, der sich ohnehin – nach seinen schweren Wahlschlägen – in einer Abwärtsspirale befindet, versuchte auf die Beschädigung seines Ansehens zu reagieren: Am 1. August erklärte *Bruno Mégret* auf einer Pressekonferenz, dass zwei Führungskader der militanten UR jetzt „de facto“ aus der MNR-Führung ausgeschlossen seien. Sowohl *Christian Bouchet* – UR-Generalsekretär bis April dieses Jahres – als auch der im April eingesetzte UR-Sprecher *Fabrice Robert* waren Mitglieder der nationalen Führungsinstanzen des MNR. Beide waren auf dem MNR-Kongress am 23./24. Februar 2002 in Nizza in den *Conseil National* (Nationaler Rat), das zweithöchste Parteigremium, gewählt worden. Dabei standen *Christian Bouchet*, der bis April dieses Jahres UR allein anführte, und die beiden seitdem als gleichberechtigt amtierenden UR-Sprecher *Fabrice Robert* und *Guillaume Luyt* für eine unterschiedliche Ausrichtung innerhalb von *Unité radicale*.

Christian Bouchet, der Kopf der nationalrevolutionären Gruppierung *Nouvelle Résistance* (Neuer Widerstand), agiert in der nationalrevolutionären Tradition des politischen Spurenverwischens und der Querfront-Strategie. Letztere soll „alle Widerstandspotenziale gegen das System, ob links oder rechts“, zusammenführen. *Robert* und *Luyt* stehen für eine eher „klassische“, betont rechtsextreme Linie und die Annäherung an die deutsche NPD als großes Vorbild. Am 6. April hatten sie den deutschen NPD-Anwalt *Horst Mahler* zum Vortrag bei UR eingeladen. *Bouchet* nahm an der Veranstaltung nicht teil. Er wurde wenig später von *Robert* und *Luyt* gestürzt, die sich dann an die Spitze des UR setzten. *Guillaume Luyt* war bis im April 2000 Chef der FN-Jugendorganisation *FNJ*, kehrte dann aber der „zu bürgerlichen“ *Le Pen*-Partei den Rücken.

Die kaum verhüllte Rechtfertigung der Tat *Maxime Bruneries*, die man allenfalls für taktisch unklug erklärte, in UR-Verlautbarungen trieb den französischen Innenminister *Nicolas Sarkozy* zum Handeln. Am 28. Juli gab die Sonntagszeitung „JDD“ bekannt, *Sarkozy* habe das Verfahren zur gesetzlichen Auflösung von UR eingeleitet. Ein solches Verbot kann nach dem Gesetz vom 10. Januar 1936 – das sich damals gegen die paramilitärischen Verbände und „Ligen“ der profaschistischen Rechten richtete – per Dekret des Präsidenten erfolgen, das im Ministerrat diskutiert werden muss. Vor der politischen Sommerpause, die am 7. August begann, sollte es noch verabschiedet werden. *Guillaume Luyt* hatte in den Tagen davor noch kraftmeierisch getönt, er freue sich über einen solchen Verbotsbeschluss, denn der werde UR neuen Auftrieb verleihen. Falls ein Verbot allerdings konsequent betrieben wird, kann es auch etwaige Nachfolgeorganisationen treffen. Zuletzt war 1980 die Neonazi-Vereinigung *FANE* verboten worden.

Am 31. Juli fand in Paris die Anhörung über das geforderte Verbot der Internetseite von UR statt. Die Website wurde von *Fabrice Robert* selbst in einem Interview als wichtigstes Element der „Kommunikationsstrategie“ der Neonazis bezeichnet. Laut Eigenangaben verzeichnete die Homepage früher 40 000 monatliche Zugriffe, seit den Wahlen im April sei die Zahl auf 100 000 im Monat angestiegen. Auf der 3000 Druckseiten umfassenden Website nimmt man kaum ein Blatt vor den Mund. Brandanschläge auf Synagogen werden als angeblicher Widerstand gegen die Besatzung begrüßt. Hingewiesen wird auch auf wichtige Daten wie den „*Rudolf-Heß-Gedenkmarsch*“. *Bernhard Schmid*

Aktivitäten**Prozess gegen SSS**

Sieben Mitglieder der im vergangenen Jahr verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz müssen sich in Dresden vor Gericht verantworten. Den Neonazis wird die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

„Ziel der ‘SSS’ ist das Vorgehen gegen ‘Linke’, Ausländer oder Rauschgiftdealer. Hierbei wurden wiederholt Straftaten wie Landfriedensbrüche, Körperverletzungen und weitere Straftaten begangen.“ Was in einer Presseerklärung von Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt nach einer ersten Großrazia gegen die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) Ende Juni 2000 anklang, geschah dann im April des folgenden Jahres: Die SSS als auch ihr organisiertes Umfeld wurden verboten. Die Funde, insbesondere die nicht veröffentlichten schriftlichen Vermerke, hatten im sächsischen Innenministerium schwer beeindruckt. Der damalige Innenminister Klaus Hardrath, der sich lange dagegen gewehrt hatte, war auf Grund der Materialfülle über die Verbindungen zur NPD zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Verbotsantrag dieser Partei notwendig sei. Diesbezüglich, so sagte er auf einer Pressekonferenz, habe er seine „Zurückhaltung aufgegeben“. Schon länger bekannt war die gute Zusammenarbeit des NPD-Stadtrates Uwe Leichsenring aus Königstein in der Sächsischen Schweiz mit den Skinheads.

Am 5. August begann jetzt nach mehreren Verzögerungen in Dresden der erste Prozess gegen sieben Aktivisten der SSS, unter ihnen der 28-jährige Thomas S. und der 23-jährige Thomas R., der von Rechtsanwalt Carsten Schrank vertreten wird. Die Rechtsextremisten müssen sich unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung sowie Volksverhetzung verantworten. Bei den aus der 1994 verbotenen Wiking-Jugend hervorgegangenen SSS standen neben Landfriedensbruch Körperverletzungen aller Schweregrade, auch mit Waffen, auf der Tagesordnung. Trotz der Anklage als kriminelle Vereinigung nach Paragraph 129 sind Mitglieder der SSS in der Sächsischen Schweiz weiter aktiv und an Straftaten beteiligt. Der Prozess ist bis zum Jahresende auf knapp 30 Tage anberaumt. Gegen 13 weitere SSS-Aktivisten wurde bereits Anklage erhoben.

Ein Opfer der SSS ist die Familie Sendilmien, die bis vor wenigen Wochen einen Döner-Imbiss in Pirna betrieb. Deren Fall hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt, weil die hier Drangsalierten aufgrund unterlassener Hilfeleistungen durch Polizei und Stadt zur Notwehr griffen. In den Unterlagen der SSS finden sich Aufzeichnungen, dass der „Antalya-Grill“ Treff von Linken sei, an die man aber wegen der türkischen Familie nicht herankäme. Selbst an einen Einsatz von „Söldnern“ zur Klärung des Problems wurde gedacht. Die Pöbeleien und Provokationen zählten die Imbissbetreiber nicht mehr, die Attacken gegen sie und ihr Geschäft liegen im zweistelligen Bereich. Als sie sich dagegen wehrten, wurde gegen die Sendilmien sogar Anzeige erstattet, so wegen „gefährlicher Körperverletzung“. Große Teile der Kläger und ihrer Zeugen gehören zu der Organisation Skinheads Sächsische Schweiz und deren näherem Umfeld. Die bislang zwei Prozesse wurden ausgesetzt, da die Verteidiger Einblick in die offiziell über hundert Prozessakten zum SSS-Verfahren erwirkten. Weiteres, unter anderem wegen eingesetzten V-Leuten gesperrtes Material lagert im sächsischen Innenministerium, dessen Freigabe die Anwälte notfalls juristisch erzwingen wollen.

Lukas Kilian

Hinweis

Bebra – Eine Fachtagung zum Thema „Wie können Solidarität und Toleranz erlernt werden? Ziele und Methoden antirassistischer Projektarbeit in internationalen Jugendbegegnungen“ veranstalten IDA (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserfahrung e.V.) und JFE (Europäisches Aktionsprogramm „Jugend für Europa“) vom 17. bis 19. September 2002 in Bebra (Hessen). Aufbauend auf den praktischen Erfahrungen der Teilnehmenden ist es das Ziel der Fachtagung, sich mit den im interkulturellen Lernen junger Menschen liegenden Chancen der Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu beschäftigen. Im Verlaufe der Vorträge und Seminare soll gemeinsam eine Checkliste zur Qualifizierung von internationalen Jugendbegegnungen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entwickelt werden.

Tagungsort ist das in Bebra gelegene Hotel Röse. Teilnahme, Logis und Verpflegung sind kostenlos. **Anmeldungen bis zum 30.08.02 an: JFE, Herrn Kriege, Heussallee 30, 53113 Bonn, Tel. 0228/9506-260; E-Mail: Kriege@jfemail.de oder: IDA, Birgit Jagusch, Friedrichstr. 61 a, 40217 Düsseldorf, Tel.: 0211/159255-5, Fax: -/159255-69; E-Mail: info@IDAeV.de**

Hintergrund

Schöngefärbt

Der Evangelische Pressedienst war in der NS-Zeit kein Hort des Widerstandes, wie Jahrzehnte lang geglaubt wurde, sondern ein Rädchen im Getriebe von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels.

Bereits ein gutes Jahr nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler gerieten Teile der Evangelischen Kirche in Deutschland in arge Bedrängnis. Es schien an ihre Existenz zu gehen. Es sei „eine wilde Zeit“ gewesen, schrieb der Bielefelder Pfarrer Wilhelm Niemöller in seinem Buch „Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche“, das 1948 im Ludwig Bechtauf-Verlag in Bielefeld erschien. Damals herrschte Mangel an allem, auch an Papier. Der 550 Seiten dicke Band konnte trotzdem erscheinen – „ermöglicht durch eine Papierspende des Weltrats der Kirchen in Genf an das Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland“, wie es im Impressum heißt.

Im Reichsinnenministerium in Berlin war ein Mann namens August Jäger als Kirchenkommissar für alle Bereiche des Protestantismus in Deutschland zuständig. Über ihn schrieb Niemöller (S. 48), am 24. Juni 1934 sei Jägers erster Erlass erschienen. Inhalt: „Ich löse mit sofortiger Wirkung sämtliche gewählten Kirchenvertretungen in den Evangelischen Landeskirchen Preußens auf.“ Niemöller berichtete weiter: „Am gleichen Tag wurde das Haus des Evangelischen Presseverbandes und seines Direktors, Professor D. August Hinderer, durch SA besetzt und durchsucht. Hinderer und seine Mitarbeiter wurden beurlaubt...“ Damit war die Legende geboren: Die Nazis haben die Presse der Evangelischen Kirche schon im Sommer 1934 verboten. Sie war ein Hort des Widerstandes fast vom ersten Moment an. Der Evangelische Pressedienst (epd) braucht sich seiner Geschichte nicht zu schämen.

Länger als ein halbes Jahrhundert überlebte diese Darstellung die Zeit. Erst jetzt kommt zu Tage, wie es wirklich war. Das Erstaunliche daran ist, dass die Enthüllung nicht von außen kommt. Vielmehr sind Mitarbeiter des epd selbst in die Archive gegangen. Volker Lilienthal, epd-Redakteur, kommt zu völlig anderen Ergebnissen. In einer Sonderausgabe dokumentiert der epd nun seine eigene Vergangenheit, die Chefredakteur Thomas Schiller „erschütternd“ nennt. Es sei eine „bittere Erkenntnis“,

eben nicht in „in der Tradition eines Mediums beschäftigt zu sein, das von den Nationalsozialisten verboten worden sei.“ Das Pressehaus der Protestanten sei keineswegs 1934 von der SA besetzt und die Agentur 1937 verboten worden. Vielmehr sei für den Dienst erst 1941 Schluss gewesen und das habe nichts mit Politik zu tun gehabt, sondern nur mit Papiermangel. 1941 – das war das Jahr des Überfalls auf die UdSSR. Bis dahin lief es „aus der Sicht der Nazis nicht immer wie geschmiert, aber es drehte sich mit – in Rudimenten sogar bis 1945.“

Wie verhängnisvoll es sein konnte, Leute aus der NS-Zeit danach wieder oder weiter zu beschäftigen, zeigt der Fall des alten und nach 1945 neuen Chefredakteurs von epd, Focko Lüpsen. Der log im „Kirchlichen Jahrbuch“ für 1949, im Jahr 1937 sei „nach einer scharfen Auseinandersetzung des Chefredakteurs mit dem Fachschaftsleiter der Reichspressekammer ein Verbot verhängt und der epd in die Illegalität gedrängt“ worden. Jenen Fachschaftsleiter hatte schon Niemöller als Beispiel für die angebliche Verfolgung des Dienstes genannt. Es war Professor Hinderer, angeblich bereits 1934 von den Nazis „beurlaubt“.

Auf der Suche nach Belegen stieß Volker Lilienthal eher auf Zeugnisse der Ergebenheit und Linientreue. Zum 20. April 1939, Hitlers 50. Geburtstag, wollte epd nicht abseits stehen. Es erschien vielmehr eine 15 Seite zählende Eloge auf „den Führer“ – trotz der bekannten Zwangsmaßnahmen auch gegen Einrichtungen der Kirche und trotz der Ermordung Kranker, gegen die es bereits leise Proteste gegeben hatte. Nach dem leider missglückten Attentat auf Hitler am 9. November 1939 durch Georg Elser im Bürgerbräukeller in München geißelte epd gemeinsam mit anderen Medien den „verbrecherischen Anschlag“ und knüpfte damit an die Solidaritätsadresse an, die epd Hitler nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 gesandt hatte. Die endete mit den Worten: „Treu dem Volk und seinem Führer ... treu bis in den Tod.“

Der epd gibt mit dieser Untersuchung ein Beispiel dafür, wie mit der eigenen Geschichte umgegangen werden sollte: offen und kritisch. Von solchen Schritten sind andere Behörden und Einrichtungen weit entfernt. Das gilt nach dem Stand der Forschung besonders für die katholischen Glaubensbrüder der evangelischen Publizisten. Von denen war bisher mehr Beschönigendes zu vernehmen. Eine solche Position ist allerdings auf Dauer nicht durchzuhalten.

Heiner Lichtenstein

Seitenblick**Unbequemes Thema****Faktenwissen über die NS-Zeit bewahrt vor Schlussstrich-Mentalität.**

Welche Einstellung haben Studierende zur NS-Vergangenheit? Was wissen sie über den Holocaust? Wie gehen sie mit der Erinnerung daran um? Wie weit verbreitet ist bei ihnen die „Schlussstrich-Mentalität“? Und: Wie hoch ist das Ausmaß antisemitischer Stereotype unter den Studierenden? Diese Fragen beantworten will eine empirische Untersuchung, die von den beiden Erziehungswissenschaftlern Klaus Ahlheim und Bardo Heger durchgeführt wurde. In ihrem Buch „Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns“ (Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2002) präsentieren sie die Ergebnisse einer Umfrage an der Universität Essen. Dort verteilte man zwischen Ende Oktober 2000 und Ende Januar 2001 in 48 Lehrveranstaltungen einen aus 30 Komplexen bestehenden Fragebogen, der von 2167 Studentinnen und Studenten, also rund zehn Prozent der Studierenden, ausgefüllt wurde.

In der Buchausgabe der Studie gehen Ahlheim und Heger zunächst auf die Fragen der Walser-Debatte mit der Thematisierung der „Schlussstrich-Forderung“ ein, sehen sie darin doch einen möglichen Paradigmenwechsel in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Abschließend präsentieren die Autoren die Ergebnisse ihrer Studie, bezogen auf Nationalbewusstsein und Erinnerungskultur, Auffassungen zur deutschen Vergangenheit und Antisemitismus, das Wissen um den Holocaust, das Verhältnis von politisch-persönlichen Einstellungen und Positionen zur Vergangenheit sowie zum Zusammenhang von familiärer Erziehung, politischen Einstellungen und Schlussstrich-Mentalität.

Zusammenfassend kamen Ahlheim und Heger zu folgenden Ergebnissen (Angaben vor der Klammer „Stimme voll zu“, in der Klammer „Stimme eher zu“): Für einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit votierten 14 Prozent (22) und für ein „gesundes Nationalbewusstsein“ traten 19 Prozent (41) der Befragten ein. Zwischen beiden Auffassungen gebe es einen deutlichen Zusammenhang: Je stärker die Studierenden für einen Schlussstrich unter die Vergangenheit plädierten,

desto häufiger forderten sie eine „Stärkung der nationalen Identität“ (S. 107). Allerdings wollte eine mit einem Anteil von 28 Prozent recht große Gruppe zwar die NS-Vergangenheit weder verharmlosen noch vergessen, forderte aber dennoch einen Schlussstrich. Sie wollten, so die Interpretation, „endlich in Ruhe gelassen“, nicht „ständig“ an die unbequeme Vergangenheit erinnert werden (S. 39). Beachtenswert ist dabei der Zusammenhang mit Wissen über die NS-Zeit (S. 66). Von den Studierenden mit guter Faktenkenntnis forderten weniger (28 Prozent) einen Schlussstrich, als von den Befragten mit geringem Faktenwissen (48 Prozent).

Besondere Beachtung verdienen noch die Ergebnisse zu den antisemitischen Einstellungen: Fast ein Viertel der Befragten teile eine Form des antisemitischen Ressentiments, das sich aus dem problematischen Umgang mit dem Holocaust ergebe, wird festgestellt – wobei diese neue Form des Antisemitismus (quantitativ mit 13 Prozent beziffert) durchaus mit den alten Klischees arbeite. Passe doch die Klage, von den Juden ausgenutzt zu werden und immer weiter zahlen zu müssen, gut zur angeblichen Geldgier und verschlagenen Geschäftstüchtigkeit, die den Juden seit Jahrhunderten vorgeworfen werde (S. 54). Zwei Items mit unterschiedlichen Zustimmungswerten veranschaulichen diesen Aspekt: „Ein Jude als Nachbar wäre irgendwie unangenehm: 0,3 Prozent volle Zustimmung, 95,4 Prozent ausdrückliche Ablehnung, und: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“: 5 Prozent volle Zustimmung, 55,6 Prozent ausdrückliche Ablehnung. Anders verhielt es sich bei den ausländischen Studenten: Hier lagen die Zustimmungswerte für traditionelle antisemitische Einstellungen häufig deutlich höher als bei den deutschen Kommilitonen. Ein Beispiel: „Die Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss“: sieben Prozent der deutschen, 30 Prozent der ausländischen Studierenden.

Hinsichtlich der Datenerhebung und -interpretation handelt es sich um eine seriöse Studie. Allerdings enthält sie nur die Aussagen von Studierenden an einer Universität. Die Autoren verdeutlichen, dass die Schlussstrich-Mentalität zwar einer politisch „rechten“ Auffassung entspricht, sich diese Einstellung aber auch im nicht-„rechten“ politischen Kontext findet und somit nicht pauschal als rechtsextrem gedeutet werden kann. Beachtenswert ist dabei der Zusammenhang mit Faktenwissen über die NS-Zeit. *Armin Pfahl-Traugher*

Bücherschau**Der Wahn der Shoah**

Ist der Genozid an den Juden ein Völkermord besonderer und beispielloser Art? Yehuda Bauers Antwort ist eindeutig. Er betont die „Präzedenzlosigkeit“ der Shoah. Dem „Warum“ widmet sich der emeritierte Professor für Holocaust-Studien an der Hebräischen Universität Jerusalem zunächst im theoretischen Untersuchungsteil. Dieser beinhaltet eine pointierte Darstellung und Analyse der Theorien von den Strukturalisten Zygmunt Baumann, Jeffrey Herf und Götz Aly sowie den Intentionalisten Daniel J. Goldhagen, John Weiss und Saul Friedländer. Dem schließen sich Ausführungen über die diversen Ausformungen des jüdischen Widerstands, die theologische Wertung der Shoah und die „Auschwitz-Protokolle“ an. Abschließend erweitert der Verfasser den Betrachtungsrahmen. Am Ende des Buches stehen sowohl die Konstituierung des Staates Israel vor dem Hintergrund der Shoah als auch die Ansprache des Autors Yehuda Bauer vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 1998 im Mittelpunkt.

Zunächst vergleicht Bauer die Shoah mit anderen Völkermorden im 20. Jahrhundert und stellt eine „Präzedenzlosigkeit“ fest. Der Mord an den europäischen Juden unterscheidet sich nicht durch die Grausamkeit oder Modernität der eingesetzten Mittel, sondern durch sein Motiv. Als eines von vielen Beispielen sei hier der Völkermord der Türken an den Armeniern zu Beginn des Jahrhunderts genannt. Während dieser Genozid ein politisches Ziel verfolgte und deshalb nicht bis zum Letzten ging, sondern regional begrenzt blieb, lag der Shoah keine rationale Absicht zugrunde. Sie beruhte auf reiner Ideologie und war daher schrankenlos. Auch militärische oder wirtschaftliche Nachteile, nicht einmal das nahende Kriegsende konnten die Nationalsozialisten von ihrem Wahn abbringen. Bauer hält den Judenmord allerdings nicht für ein singuläres Ereignis. Er nennt ihn „präzedenzlos“ und hält eine Wiederholung in ähnlichen historischen Zusammenhängen sogar für möglich.

In der Debatte zwischen Strukturalisten und Intentionalisten nimmt Bauer eine vermittelnde Position ein. Er hebt die Wechselwirkung von Zentrale und Peripherie hervor, betont aber die herausragende Bedeutung des Antisemitismus, der wichtiger sei als bürokratische Faktoren. Die ju-

denfeindliche, ideologische Besessenheit nazistischer „Lumpenintellektueller“ ist für Yehuda Bauer der Schlüssel zur Erklärung. So nennt er in Anlehnung an Karl Marx' „Lumpenproletariat“ die Nazi-Elite. Überzeugend wird dargestellt, wie diese Gruppe in der Diktatur und im Krieg ihre mörderischen Gelüste in die Tat umsetzen konnte. Hierbei nimmt der Autor die Gedanken von Saul Friedländers „Erlösungsantisemitismus“ und Hans Mommsens „Realisierung des Utopischen“ auf und entwickelt über die Shoah hinaus Grundgedanken zu einer vergleichenden Theorie von Genoziden des 20. Jahrhunderts.

Bauer geht es jedoch nicht nur um die Täter. Er nimmt sich auch der Opfer an. Besonders hervorzuheben ist der jüdische Widerstand. Zunächst wird mit dem nicht zuletzt von Hannah Arendt und Raul Hilberg genährten Vorurteil der Passivität der Judenräte aufgeräumt. Die Judenräte wiesen ein breites Spektrum – von erzwungener Kollaboration über einfachen Widerstand bis hin zum bewaffneten Kampf – auf. Gerade der bewaffnete Kampf sei beträchtlich gewesen und ist bis heute zumindest in Deutschland kaum bekannt. Letztlich habe sich überall dort, wo es auch nur die geringste Möglichkeit gab, jüdischer Widerstand gegen das Naziregime gebildet.

Wenig hält Bauer von theologischen Erklärungen der Shoah. Er bezweifelt die Tragfähigkeit solcher Deutungsmuster. In einem der anregendsten Kapitel geht Bauer gegen die Vorstellung an, Israel sei durch die Shoah entstanden. Vielmehr ist ein Konflikt zwischen Großbritannien und den USA über die Zukunft von circa 250 000 jüdischen Displaced Persons auf deutschem Gebiet ein ganz entscheidender Faktor gewesen. Die abschließend abgedruckte Rede Yehuda Bauers vor dem Bundestag kann als Zusammenfassung des Buches gelesen werden.

Dieses Buch besticht durch Nüchternheit und hohes sprachliches Niveau. Yehuda Bauer schafft es, sowohl Täter als auch Opfer in den Blick zu nehmen und er veranschaulicht die komplexen Prozesse. Ihm gelingt eine Einordnung der Shoah in das 20. Jahrhundert, ohne die Opfer ein weiteres Mal herabzusetzen. *Stefan Rudschinat*

Yehuda Bauer, Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen, Frankfurt a.M. 2001 (Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag), 384 Seiten, 32,80 Euro.

Demokratische Initiativen**Sklaven für Bremen**

Der Verein Walerjan Wróbel hält die Erinnerung an einen von den Nazis hingegerichteten Jugendlichen wach.

Die, die ihn gekannt hatten, beschrieben ihn als „grenzenlos naiv“. Naiv, das war er wohl – und er hatte schreckliches Heimweh nach seiner Heimat, nach Polen. Deshalb steckte der 16-jährige Zwangsarbeiter Walerjan Wróbel am 29. April 1941 die Scheune seines „Arbeitgebers“ im jetzigen Bremen-Lesum an. Seine einfältige Hoffnung: Er würde nach Polen zurück geschickt werden. Stattdessen wurde Walerjan Wróbel vor dem Bremer Sondergericht der Prozess gemacht. Die Juristen wollten keine Gnade walten lassen. Dabei hätten sie ihn auch wegen „einfacher“ Brandstiftung bestrafen können; schließlich ist eine Scheune kein Wohnhaus. Doch sie verurteilten den Jugendlichen zum Tode. Am 25. August 1942, vor nunmehr 60 Jahren, wurde das Urteil vollstreckt und Walerjan in Hamburg hingerichtet.

Der Verein „Walerjan Wróbel e.V.“ mit Sitz beim Staatsarchiv in Bremen macht sich dafür stark, dass der Fall des jungen Zwangsarbeiters nicht vollends in Vergessenheit gerät. Und er nimmt sich intensiv des Themas der Zwangsarbeit unter dem Nazi-Regime an. Die Historikerin Eva Determann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Vereins. Sie beschreibt seine wichtigsten Aufgaben: „Wir pflegen Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, wollen ihnen humanitär helfen und spenden deshalb Medikamente oder Geld.“ „Walerjan Wróbel“ ist zur Stelle, wenn Zwangsarbeiter Dokumente brauchen, damit sie eine staatliche Entschädigung beantragen können. Außerdem bemüht sich der Verein um die wissenschaftliche Aufarbeitung des Zwangsarbeit-Themas und breite Öffentlichkeitsarbeit. Wesentliches Tätigkeitsfeld ist die Betreuung ehemaliger Zwangsarbeiter bei ihren Besuchen in Bremerhaven und Bremen. Erst Ende Mai war eine Gruppe aus der Russischen Föderation und der Ukraine an die Weser gekommen. Sie hatte unter anderem die Stätten der ehemaligen Lager und Arbeitsorte aufgesucht. Der Verein hatte den Kontakt zu den 15 Gästen im Alter zwischen 76 und 81 Jahren hergestellt – und zusammen mit dem Senat für ein Programm gesorgt, das eine behutsame Begegnung mit der leidvollen Vergan-

genheit ermöglichte. „Die Opfer von damals brauchen die Wiederbegegnung, damit sie ihre schmerzvollen Erlebnisse verarbeiten können“, hat Eva Determann erfahren. Die Begegnung mit dem heutigen Bremen könne ihnen zeigen, dass in Deutschland Menschen heran gewachsen seien, die die gemeinsame Geschichte nicht vergessen lassen wollten. Finanziert wurde der Besuch – wie die vorherigen – aus Mitteln des seit 1999 bestehenden Hilfsfonds für ehemalige Bremer Zwangsarbeiter/innen in Ost- und Südosteuropa. Er wird von der Landesregierung und Bremer Unternehmen zu gleichen Teilen gefüllt. „Wir würden es sehr begrüßen, wenn das Besuchsprogramm auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden könnte“, so Determann. Konkret: Finanzielle Mittel sollten so lange bereit gestellt werden, wie Zwangsarbeiter am Leben sind, die diese Reise antreten können.

Als im Mai 1945 der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, fanden die Alliierten im Reichsgebiet rund neun Millionen Menschen vor, die aus ihren Heimatländern zur Zwangsarbeit in Deutschland verschleppt worden waren. Eine Liste aus dem September 1944 weist in der Freien Hansestadt Bremen fast 39 000 „Fremdarbeiter“ nach, davon rund 15 000 aus „dem Osten“. Ferner mussten zwischen 1942 und 1945 etwa 8000 Häftlinge der Konzentrationslager Neuengamme und Auschwitz in Bremen Zwangsarbeit verrichten. In der gesamten bremischen Wirtschaft wurden diese Zwangsarbeiter beschäftigt. Dabei reichte das Spektrum von einzelnen Bauern im Umland über kleine und mittlere Firmen bis hin zu großen Unternehmen der Rüstungsindustrie. Auch die Stadtgemeinde Bremen griff auf die billigen Arbeitskräfte zurück, so für das Reinigen von Straßen und den Bau von Bunkern. „Unzureichende Essensrationen und eine mangelnde medizinische Versorgung forderten unter den Ostarbeitern hohe Krankheits- und Todesraten“, schildert Eva Determann. Zwar bekamen die Zwangsarbeiter formal einen Lohn, aber je nach „rassischer“ Bewertung waren Abstufungen üblich. Menschen aus Polen wurden wesentlich schlechter bezahlt als Westeuropäer. Oft wurde der Lohn in Lagergeld ausgehändigt und davon noch jede Menge für Arbeitskleidung, Unterkunft und ähnliches einbehalten. Der größte Teil der Zwangsarbeiter war in mehr als 200 Lagern im Stadtgebiet untergebracht.

Thomas Klaus

Nähere Informationen zum Verein Walerjan Wróbel e.V. unter Tel. 0421/361-65 28. Wer die Arbeit mit Geld unterstützen möchte, kann das Konto 112 49 81 bei der Sparkasse Bremen nutzen (BLZ: 290 501 01).

Demokratische Initiativen**Verlorene Bukowina**

Zwei Sonderhefte widmete die vierteljährlich erscheinende und auf das Thema Exil spezialisierte österreichische Zeitschrift „Zwischenwelt“ der Geschichte und kulturellen Entwicklung der Bukowina, der „versunkenen Literaturlandschaft“ (vgl. BNR 3/01). Die dort versammelten Aufsätze sind jetzt, mit 150 Fotos versehen und um zahlreiche Beiträge vermehrt, in einem außerordentlich gelungenen und schön gestalteten Sammelband erschienen. Er enthält Prosa und Lyrik, wissenschaftliche Aufsätze, Lebenserinnerungen, Essays und Interviews von über dreißig Autoren aus fünf Ländern zu den Schwerpunktthemen Geschichte, Literatur, Verfolgung und Exil. Die Herausgeber Cécile Cordon und Helmut Kusdat beabsichtigen eine „authentische Darstellung des Landes“, wie es einleitend heißt, „sei es als ‚verlorene Heimat‘ durch jene Bukowiner/innen, die das Schicksal des Exils erleiden mussten, sei es als ‚reale Gegenwart‘ durch ukrainische und rumänische Autor/innen von heute.“

Helmut Kusdat hat einen reich illustrierten historischen Reiseführer (mit einem Stadtplan von Czernowitz und einer Verkehrskarte der Bukowina) neu herausgegeben, der 1907 zur Feier des 500. Jahrestages der Gründung von Czernowitz erschienen war – nach seinem Urteil „der beste Reiseführer seiner Art bis zum endgültigen Untergang der ‚Kulturlandschaft Bukowina‘ im Zweiten Weltkrieg.“ Hermann Mittelman, der damals vielgelobte Verfasser, beschrieb das Land als „herrlich schön und die Illustrationen geben keineswegs nur annähernd ein Bild von der landschaftlichen Pracht, von der Naturschönheit, die den Touristen erwarten.“ Die – mitunter kuriosen – zeitgenössischen Anzeigen gewähren zusätzliche kulturhistorische Einblicke. Sie stimmen freilich auch melancholisch, wenn man den damals erreichten zivilisatorischen Standard mit der heutigen Lebenswirklichkeit vergleicht.

Theo Meier-Ewert

An der Zeiten Ränder, Czernowitz und die Bukowina, Geschichte, Literatur, Verfolgung, Exil, hrsg. von Cécile Cordon und Helmut Kusdat, Wien: Theodor Kramer Gesellschaft 2002, 396 Seiten, 30 Euro.

Illustrierter Führer durch die Bukowina von Hermann Mittelman, Czernowitz 1907/8, neu herausgegeben von Helmut Kusdat, Wien: Mandelbaum Verlag, 2. Auflage 2002, 148 Seiten, 14,90 Euro.

Ausland**Alibi Tierschutz**

Schweizer Antisemit ist mit seiner Antischächt-Initiative vorerst gescheitert.

Vor wenigen Wochen verkündete der Antisemit Erwin Kessler, Präsident des Vereins gegen Tierfabriken (VgT), dass er sich enttäuscht aus der Tierschutz-Arbeit zurückziehe. Auslöser dieses überraschenden Entscheides war ein offensichtlicher Misserfolg: Im Frühling 2002 hatte Kessler (mit wenigen Getreuen) eine Antischächt-Volksinitiative gestartet, die das in der Schweiz bestehende Schächtverbot ausweiten wollte. Kessler reagierte damit auch auf den (inzwischen fallen gelassenen) Vorschlag der Schweizer Landesregierung, das Schächtverbot aufzuheben. Kesslers Begehren verlangte die Ausweitung des Verbotes betäubungslosen Schächtens auf Geflügel sowie ein Importverbot für geschächtetes Fleisch. Kessler hoffte, mit einem landesweiten Versand des Vereinsblattes „VgT-Nachrichten“ samt beigelegter Unterschriftenkarte 100 000 Unterschriften beibringen zu können. Dieser Versand kostete wohl rund eine Million Schweizer Franken, doch es kamen nicht einmal 40 000 Unterschriften zusammen.

Nur mit einem Rückzug konnte Kessler einigermaßen sein Gesicht wahren. Aber auch sonst ist er unter Druck. Wegen Widerhandlung gegen die Rassistens-Strafnorm ist er rechtskräftig zu 45 Tagen Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Im vergangenen Winter hatte er in einem weiteren einschlägigen Prozess neun Monate Gefängnis, ebenfalls ohne Bewährung, bekommen. Kessler, der Berufung eingelegt hat, wurde auch wegen der Verbreitung holocaust-leugnender Texte belangt. Dazu hat der umtriebige Tierschützer noch weitere Prozesse laufen, die er gegen Kritiker, die seine Nähe zu Rechtsextremismus und Holocaust-Leugnung thematisiert hatten, angestrengt hatte.

Die Hoffnung, dass mit Kesslers Rückzug die Antischächt-Initiative hinfällig wurde, hat sich nicht erfüllt. Der 31-jährige Kleinunternehmer Christian Riesen aus Solothurn, einst Vorstandsmitglied einer Kantonalsektion der Jungen SVP, erklärte jetzt, dass er eine „Gruppe“ zur Rettung von Kesslers Initiative gegründet habe. Man wolle, so Riesen, „unter Einsatz neuer Kommunikationsinstrumente“ intensiv Unterschriften sammeln.

Hans Stutz

Meldungen**Inland**

■ **Aurich** – Cord Pleis (25), ehemals Landesvize der Jungen Nationaldemokraten in Niedersachsen, wurde wegen Gewaltdarstellung in 13 Fällen, davon in fünf Fällen in Tateinheit mit Verstößen gegen das Gesetz über das Verbreiten jugendgefährdender Schriften, sowie wegen weiterer Verstöße zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Das Landgericht Aurich setzte die Strafe auf drei Jahre zur Bewährung aus. Pleis (BNR 5/01), Inhaber des zwischenzeitlich aufgelösten Vertriebs „Moin Moin Records“ in Leer, hatte in großem Stil rechtsextreme Musik-CDs bundesweit und im Ausland vertrieben. Bei einer Durchsuchungsaktion bei Pleis und weiteren Rechtsextremisten am 10. Januar vergangenen Jahres waren über 5000 rechtsextreme Tonträger und einschlägiges Propagandamaterial sichergestellt worden. Die Aktion der Polizei erfolgte wegen eines Amtshilfeersuchens der Staatsanwaltschaft Göteborg in Schweden. Pleis war Produzent und Vertreiber der CD „For Blood & Honour“ der schwedischen Band „Storm“.

■ **Berlin** – Der Bundeswahlleiter hat die rechtsextremen Parteien NPD und Republikaner zur Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September zugelassen. Die NPD wird sich in allen 16 Bundesländern zur Wahl stellen, die Republikaner treten in Brandenburg und Sachsen-Anhalt nicht an, da nicht genügend Unterstützungsunterschriften gesammelt werden konnten. Wie bei vorherigen Wahlen kandidieren im rechten Spektrum wieder die Partei Christliche Mitte, die Partei Bibeltreuer Christen, die Deutsche Zentrums-Partei sowie die obskure Bürgerrechtsbewegung Solidarität. Die Schill-Partei bewirbt sich in 15 Ländern zur Bundestagswahl.

■ **Ehningen** – Für den rechtsextremen Liedermacher Frank Rennie aus Ehningen (Kreis Böblingen) ist es wieder soweit. Ab 18. September muss er sich vor dem Stuttgarter Landgericht verantworten. Anlass der Berufungsverhandlung ist erneut sein „Heimatvertriebenen-Lied“. Darin heißt es unter anderem „Heute raubt man den Deutschen erneut den von Gott gegebenen Lebensraum“. Das deutsche Volk werde durch „Millionen Fremdvölker“ in Aussehen und Charakter verändert. Das Lied ist bereits seit Jahren indiziert. Im November

2000 war Rennie deshalb bereits zu zehn Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Außerdem waren rund 35 000 Euro aus dem Vermögen des rechten Liedermachers eingezogen worden. Das Urteil soll Anfang Oktober gesprochen werden. Rennie tritt allerdings weiter ungehemmt in der rechten Szene auf. Unter anderem spielte er Mitte Juli bei einem NPD-Abend in der Nähe von Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis)

■ **Elmstein** – Die über mehrere Wochen beworbene „Geburtsstagsfeier“ des Ludwigshafener Neonazi-Skins Christian Hehl fand am 27. Juli auf dem Gelände des Elmsteiner Hofes im gleichnamigen Ort statt. Neben Hehl, der im Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal für die NPD zur Bundestagswahl kandidiert, kamen rund 350 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland zu der Veranstaltung, bei der die österreichische Gruppe „Tollshock“ die „Celtic Warriors“ und die niederländische Gruppe „Brigade M“ aufspielten. In Elmstein hat die NPD seit einigen Wochen das Gelände angemietet und plant, das Grundstück zu erwerben, das zur Zeit für 720 000 Euro im Gespräch ist. Über die Handy-Nummer des rheinland-pfälzischen NPD-Landesgeschäftsführers Sascha Wagner, der mittlerweile Büro und Wohnung in Elmstein hat, wurde das Skinhead-Konzert in Elmstein koordiniert, ebenso wie bisher zahlreiche weitere Veranstaltungen. Wagners Handynummer wird auch als Kontakttelefon für das NPD „Friedensfest zum Anti-Kriegstag“ am 31. August in Ramstein genannt – auch dort soll „Brigade M“ aufspielen, die mit dem rassistischen Lied „Eigen Volk eerst“ bekannt wurden.

■ **Erfurt/Hamburg** – Der Erfurter Rechtsanwalt Günther Steinert, die Nummer 2 auf der Thüringer Landesliste der Schill-Partei zur Bundestagswahl, kandidierte bei der thüringischen Landtagswahl 1999 als Direktkandidat für die Republikaner. Steinert, der 1,6 Prozent erzielte, war als Mitglied des Bund Freier Bürger (BFB) auf die offene Liste der Republikaner gelangt. Zeitweilig wirkte er als BFB-Landesvorsitzender in Thüringen und BFB-Bundesvorstandsmitglied. Im Juni 2000 wurde Steinert Landesvize der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutschen Volkspartei (FDVP). Steinert ist Unterzeichner des von Rechtsextremisten initiierten Appells „3. Oktober 1990: Tag der Deutschen Einheit – Tag der Deutschen Befreiung“.

■ **Freiburg** – Am 14. September will die NPD ihre bundesweite Abschlussveranstaltung vor der Bun-

destagswahl ausgerechnet in Freiburg durchführen. Dagegen formiert sich nun ein breites Bündnis von gewerkschaftlichen und kirchlichen Organisationen unter Führung des DGB. Zuletzt demonstrierten Rechtsextremisten in Freiburg am 15. Januar 1971, darunter Kader des Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes (DKEG) und NPD-naher Gruppierungen, anlässlich des 100. Jahrestages der Reichsgründung von 1871. In Freiburg ansässig ist der ehemalige langjährige NPD-Kader Bernhard Pauli, der zeitweilig Bundesvorsitzender der Nationalistischen Front war. Pauli trat in den letzten Jahren mehrfach bei Veranstaltungen der NPD und deren Umfeld als Redner in Erscheinung.

■ **Gotha** – Gegen die Einrichtung eines Asylwerberheimes im thüringischen Gotha demonstrierten am 20. Juli rund 100 Neonazis. Als Redner vor Ort traten Hartmut Wostupatsch (ehemals Aktivist der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, zuletzt einer der Strategen der „Revolutionären Plattform“ der NPD), Dieter Riefling (vormals Kader der verbotenen Neonazi-Skintruppe „Blood&Honour“) und Gerhard Ittner (alias „Wolfswind“) auf. Ittner (Jg. 1958), Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter der rechtsextremen Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp (BNR 13/02), wurde von der Polizei noch während seines Redebeitrages vorläufig wegen des Verdachts der Volksverhetzung festgenommen. 1998 kandidierte Ittner, heute Autor in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“, für die DVU zum Deutschen Bundestag.

■ **Greifswald** – Unter dem Motto „Gegen Abtreibung und Kindesmissbrauch“ fand am 17. Juli in Greifswald die so genannte „1. Nationale Frauendemonstration“ statt. Rednerin war unter anderem die langjährige NPD-Funktionärin Doris Zutt. Sie konnte allerdings zu nur circa 20 anwesenden, größtenteils sehr jungen „Kameradinnen“ sprechen, die sich mit Parolen wie „Ohne Kinder keine Zukunft“ und „Todesstrafe für Kinderschänder“ hervortaten. Trotz des mehr als dürftigen Verlaufs soll die Frauendemonstration zu einer dauerhaften Einrichtung werden.

■ **Kassel** – Nach 5-jähriger Pause ist erstmals wieder eine Ausgabe der „Thule-Briefe“, des „Infoblattes für Freunde und Förderer des 'Thule-Seminars'“ erschienen. Schriftleiter des Heftes ist Armin Hanke, zuvor Schriftleiter des zwischenzeitlich eingestellten Periodikums „Metapo“. Kopf des in rechtsextremen Kreisen als sektiererisch geltenden Thule-Seminars ist Pierre Krebs (Kassel). In der ak-

tuellen Ausgabe der „Thule-Briefe“ schreibt Krebs, dass sich „das System“ mit einem Verbot der NPD „zwangsläufig seiner Selbstdemontage noch greifbarer annähern“ werde als bislang. Der Rechtsstaat habe sich in ein „System der Unterdrückung verwandelt“ und „seine eigene Legalität ein für alle Mal untergraben“.

■ **Münster** – Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) hat nach eigenen Angaben 322 000 Euro von der Bundestagsverwaltung erstattet bekommen, nachdem eine Sanktion von 1998 vom NRW-Oberverwaltungsgericht in Münster als unberechtigt bewertet wurde (Az.: 5 A 4248/01). Die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth hatte der DVU vorgeworfen, gegen das Transparenzgebot des Parteiengesetzes zu verstoßen, indem sie eine ihr von einem Ausländer zugewendete Großsumme von 274 500 Mark zwar der Höhe nach, nicht aber bezüglich der Anschrift des Spenders korrekt angegeben habe. Nun musste das Strafgeld von damals 549 269,78 Mark plus Zinsen an die DVU zurückerstattet werden.

■ **Nürnberg** – Der bayrische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert, zugleich Stadtrat der Nürnberger „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, hielt sich auf Einladung und Vermittlung der „Initiative Jeunesse des Nations d'Europe-IJNE“ am 14. Juli in Frankreich auf. Gespräche führte er unter anderem in Marignane mit Vertretern der Megret-Partei, die intensive Kontakte zu NPD und Jungen Nationaldemokraten unterhält. Auch „ungebundenen Kameradinnen und Kameraden“ in Nizza stattete Ollert einen Besuch ab. Gegen den umtriebigen Rechtsextremisten ermittelt die Nürnberger Staatsanwaltschaft derzeit wegen Verdachts auf Volksverhetzung. Mit provozierenden Anträgen sorgt Ollert regelmäßig im Stadtrat für Protest. Am 24. Juli beantragte er, die Begriffe „Migration“ und „Migranten“ nicht mehr zu verwenden, weil sie „den Austausch des gewachsenen deutschen Volkes gegen eine multikulturelle Gesellschaft“ nahelegen würden.

■ **Riesa** – Die Zahl der Direktkandidaten für den Bundestag im Wahlkreis Delitzsch/Torgau-Oschatz/Riesa ist geschmolzen. Der NPD-Kandidat und Bundesvize Holger Apfel (Riesa) will sich nun doch nicht mehr für ein Bundestagsmandat bewerben. Der Wahlvorschlag wurde bereits zurückgezogen. Begründung: Die Partei wolle sich laut dem NPD-Kreisvorsitzenden Jens Pühse im Wahlkampf auf andere Städte konzentrieren.

■ **Zarrentin** – Die „Kameradschaft Hildesheim 88“ hat ein 6-seitiges Papier in Umlauf gebracht, in dem der Betreiber des Neonazi-Devotionalienhandels TTV Versand aus Zarrentin in Mecklenburg-Vorpommern der Zuarbeit für den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst NSA beschuldigt wird. Kopf des Versands soll Lars Georg sein, der zeitweilig in der Justizvollzugsanstalt Bützow inhaftiert war und in dem Neonazi-Blatt „Sonnenrad“ über seine Haftzeit berichtete. Schlager im TTV-Angebot sind Motorradjacken, die angeblich „sogar Leuchtkugeln abhalten“ sollen.

Ausland

■ **Österreich (St. Georgen)** – Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider (FPÖ) hat auf Schloss St. Georgen ein Geheimgespräch mit rund 50 stramm rechts ausgerichteten Politikern veranstaltet. Vor Ort waren unter anderem Mario Borghesio von der italienischen Lega Nord, Filip Dewinter vom belgischen Vlaams Blok und Vertreter gleichgesinnter Parteien aus Skandinavien. Haider ruft schon seit Jahren zu einer stärkeren Vernetzung europäischer Rechtsparteien auf. Organisator des Treffens war Andreas Mölzer, Herausgeber der extrem rechten Wochenzeitung „Zur Zeit“, und ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“.

■ **Russland (Moskau)** – Ein Moskauer Bezirksgericht hat die Einstellung der Schrift „Limonka“ („Die Handgranate“), das Organ der Nationalbol-schewistischen Partei (NBP), verfügt. Anführer der antisemitischen NBP, die eine Mischung aus kommunistischer, anarchistischer und chauvinistischer Ideologie vertritt, ist der Schriftsteller Eduard Limonow, einst Rebell der Moskauer Kunstszene. In den 70er und 80er Jahren lebte Limonow im US-amerikanischen Exil und verfasste Porno-Romane. Erst Mitte Juli war das rechtsextreme Hetzblatt „Russkije Wedomosti“ („Russische Nachrichten“) verboten worden.

■ **USA (Kalifornien)** – Das revisionistische Institute for Historical Review (IHR) steckt in einer schweren Krise. So wurde jüngst Ted O'Keefe, Chefredakteur des IHR-Flaggschiffs „Journal of Historical Review“ (JHR), entlassen. Angaben von O'Keefe zufolge, die über die VHO-Homepage unter dem Titel „Exit the Whistleblower: My Fall from Grace at IHR“ verbreitet werden, scheint das IHR finanziell pleite zu sein. Besonders erzürnt ist O'Keefe über den IHR-Direktor Mark Weber. Weber gehörte früher der NSDAP/AO an. Anfang der

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Ad vorwärts S.resemanstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 16/2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

70er Jahre wurde Mark Weber, der von 1973 bis 1975 in München studierte, von der Polizei bei einer NSDAP/AO-Klebeaktion verhaftet.

■ **USA (Ulysses/Pennsylvania)** – Zu einem „Aryan World Congress“ kamen am letzten Juliwochenende rund 100 Neonazis, Skinheads, KuKluxKlan-Mitglieder und White-Power-Bands wie „Max Resist“ oder „White Wash“ auf dem Gelände von August Kreis (47) zusammen. Kreis, Ex-Klan-Mitglied und Funktionär der rassistischen Christian Identity, ist Anführer eines abtrünnigen Flügels der Aryan Nations, der sich dieses Jahr mit Richard Butler, dem bisherigen Führer der Gruppe, überworfen hat.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.